

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 04.04.2017**

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner  
Herr Brücher  
Frau Gorsler  
Herr Kaufmann  
Herr Pieplau (ab 17.20 Uhr)

CDU

Herr Copertino  
Herr Hüsemann (bis 17.20 Uhr)  
Frau Jansen  
Herr Jung (von 17.05 Uhr  
Herr Weber bis 19.15 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller  
Herr Hood Vorsitzender  
Frau Kloss

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat  
Herr Buschmann FDP-Gruppe  
Herr Klein Psychiatriebeirat (ab 17.05 Uhr)  
Herr Schneck Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Beigeordnete Frau Ritschel  
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Metzger  
Herr Niekamp

Frau Kleiner

Dezernat 5  
Dezernat 3  
Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt  
Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Bauamt  
Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention  
Stab Dezernat 3

Gäste

Frau Hopster  
Frau Knoke  
Herr Korbmacher

Herr Wiese  
Herr Schreiber

AGW  
Bethel.regional/KAVA  
Diakonie für Bielefeld  
gGmbH/Bahnhofsmision  
Drogenberatung Bielefeld e. V.  
Fraktionsmitarbeiter der Fraktion  
Bürgernähe/Piraten

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Frau Brandtner gibt bekannt, dass sie aus persönlichen Gründen ihr Ratsmandat zum 30.04.2017 niederlege und somit auch aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss ausscheide. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und wünscht den Ausschussmitgliedern weiterhin gutes Gelingen.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich bei ihr für die geleistete Arbeit und wünscht ihr alles Gute.

**Zu Punkt 1****Verpflichtung von Herrn Schneck als neues stellvertretendes beratendes Mitglied des Beirates für Behindertenfragen im SGA**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt Herrn Schneck als neues stellvertretendes beratendes Mitglied des Beirates für Behindertenfragen im SGA und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

*„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.“*

-.-.-

**Zu Punkt 2****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.01.2017****Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.01.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1 Aufhebung der Stallpflicht für Geflügel**

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2 Sachstand Umsetzung Prostituiertenschutzgesetz**

Beigeordnete Frau Ritschel informiert im Rahmen einer als Tischvorlage verteilten Mitteilung (**Anlage 1**) über den aktuellen Sachstand.

-.-.-

**Zu Punkt 3.3 Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung**

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet über die künftige kinder- und jugendpsychiatrische Versorgungsstruktur im Versorgungsgebiet 10 und verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Informationsveranstaltung zum Pflegestärkungsgesetz II + III und Bundesteilhabegesetz**

Frau Schulz bedankt sich bei den Mitgliedern für die rege Teilnahme an der Veranstaltung am 29.03.2017. Aufgrund des großen Interesses würden die in der Veranstaltung gezeigten Präsentationen dem Protokoll beigelegt (**Anlagen 2 – 4**).

-.-.-

**Zu Punkt 3.5 Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2017 - Auswertung Integrationen des Jobcenters**

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an die Fragen in der letzten Sitzung. Er weist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung hin (**Anlage 5**).

-.-.-

**Zu Punkt 3.6 Rechtsaußenparteien im Landtagswahlkampf NRW**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf eine Veranstaltung des Integrationsrates am 05.04.2017 mit dem Thema „Rechtsaußenparteien im Land-

tagswahlkampf NRW“. Frau Adilovic verteilt den dazugehörigen Flyer als Einladung zur Teilnahme an der Veranstaltung.

---

#### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Auf Nachfrage von Herrn Weber teilt Beigeordnete Frau Ritschel mit, dass in der SGA-Sitzung am 16.05.2017 über die ärztliche Versorgung Bielefeld, Drucks.-Nr. 3847/2014-2020, berichtet werden könne. An dieser Sitzung würden auch Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung und der Initiative der Bielefelder Hausärzte teilnehmen.

---

#### **Zu Punkt 5 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

---

#### **Zu Punkt 6 Wohnungsmarktbarometer 2017**

Herr Metzger informiert über die Ergebnisse des Wohnungsmarktbarometers 2017 (**Anlage 6**). Für die Erstellung dieses Meinungsbildes seien über 100 Akteure in der Bielefelder Wohnungswirtschaft angeschrieben worden; 42 Rückmeldungen seien eingegangen. Die Nachfrage nach Wohnungen steige in jedem Mietpreissegment; insbesondere auch nach Seniorenwohnungen. Bei der Befragung sei deutlich geworden, dass

- der Bielefelder Wohnungsmarkt besonders im unteren und mittleren Mietpreissegment deutlich angespannt bleibe und
- fehlendes Bauland das größte Investitionshemmnis im Mietwohnungsbau darstelle.

Auf Fragen von Herrn Gugat, Herrn Bolte, Frau Brandtner und Frau Kloss erläutert Herr Metzger u. a. einzelne Abfragekriterien und -antworten. Das vom Land NRW beauftragte Gutachten zur Ermittlung der Gebietskulisse der Wohnraumförderung, die als Basis für die Mietstufen diene, werde seine Wirkung voraussichtlich 2018 entfalten. Unter Berücksichtigung der 40-50 Beurteilungsindikatoren und im Vergleich zu Städten wie Aachen, Münster, Düsseldorf und Köln, sei die Einstufung der Stadt Bielefeld in die nächst höhere Mietstufe der Wohnungsbauförderung (derzeit Mietstufe 3, 5,25 €/qm) sehr fraglich. Unabhängig davon werde alles für eine höhere Einstufung getan.

Auf Wunsch des Seniorenrates sei eine spezielle Abfrage nach seniorengerechten Wohnungen in die Abfrage aufgenommen worden. Seit 1996/97 seien alle öffentlich geförderten neuen Mietwohnungen barrierefrei erstellt worden und in der neuen Bauordnung sei bei einer Hausgröße von mehr als drei Wohnungen die Barrierefreiheit verbindlich vorgeschrieben.

Herr Weber fordert die Verwaltung auf, baureifes Land zu ermitteln und der Politik Vorschläge zu unterbreiten. Unabhängig davon sehe er auch die Politik in der Pflicht, mit zügigen Beschlussfassungen, die Schaffung

von Bauland voranzutreiben. Aufgrund der Preisentwicklung im Immobilienbereich gebe es kaum Interessenten, die auf die Angebote der Solion Beteiligungsgesellschaft mbH eingehen, so dass auf diesem Wege auch nicht schneller sozialer Wohnungsbau entstehe.

Frau Bußmann vertritt die Auffassung, dass nicht abzusehen sei, wann durch private Investoren der Mangel an preiswertem Wohnraum aufgefangen werden könne. Sie sehe die Stadt Bielefeld im Rahmen der Daseinsvorsorge in der Pflicht, diesen Mangel zu beheben.

Vorsitzender Herr Hood erklärt zusammenfassend, dass große Bemühungen erkennbar seien, aber die Realität auch Grenzen in der reibungslosen Umsetzung aufzeige. Unabhängig davon sei der Ratsbeschluss, über eine Verpflichtung von 25 % sozialem Wohnungsbau bei Neubaulprojekten, der richtige Weg.

Die Anwesenden bedanken sich für den Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

---

## Zu Punkt 7

### **Versorgung von Menschen mit Drogensuchtproblemen und Alkoholabhängigkeit im Innenstadtbereich**

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass in Bielefeld eine Alkoholiker-, Drogen- und Obdachlosensituation herrsche, die durch die Lage an ICE-Strecke und der West-Ost-Autobahn mitgeprägt werde. Bielefeld könne auf eine gut ausgebaute Hilfe- und Unterstützungsstruktur, die auch von den beteiligten Trägern mitentwickelt worden sei, zurückgreifen. Im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen würden insgesamt fast 2,8 Mio. Euro kommunaler Finanzmittel und ca. 350.000 Euro Landesmittel eingesetzt. Folgende Bereiche seien abgedeckt:

- Suchtberatung: Drogenberatung Bielefeld e. V., Caritas und Evangelisches Klinikum Bethel
- Kontaktstellen/Sozialpsychiatrische Versorgung: Die Grille e.V., Trockendock Bielefeld e. V. und Lebensräume e.V.
- Angebote nach § 67 SGB XII: KAVA, Bahnhofsmision und Beratungsstelle für Wohnungslose
- Suchtselbsthilfe

Darüber hinaus würden auch Hilfen ohne staatliche Unterstützung angeboten; z. B. von der Heilsarmee.

Er habe den Eindruck, dass viele Betroffene im Stadthallenumfeld, am Kesselbrink, im Ravensberger Park und anderen innerstädtischen Bereichen erreicht würden und die meisten halbwegs stabilisiert seien. Viele lebten in betreuten Wohnsituationen bzw. seien in den Beratungsstellen präsent. Trotz alledem würden sich die Leute nicht in Einrichtungen „wegsperrern“ lassen, sondern sich ihren Platz im öffentlichen Raum suchen. Er halte die Strategie, die Szene einzudämmen und so die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu gewährleisten, für sinnvoller, als sie zu verdrängen bzw. zu zerstreuen. Das der von der Szene gewählte Standort vor dem Eingang der Stadtbahn nicht glücklich ist, sei unbestritten.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass im Rahmen der themati-

schen Auseinandersetzung über die Situation an der „Tüte“ im Haupt-Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA), angeregt worden sei, dass sich der SGA mit der sozialarbeiterischen Versorgung des Klientels befasse. Darüber würden nun drei Vertreter der Organisationen, die sich um die Menschen im Innenstadtbereich kümmern, berichten. Mit diesen Darstellungen solle den Mitgliedern ermöglicht werden, mehr über die Situation der Menschen und deren Betreuung zu erfahren.

Herr Wiese informiert über die Entwicklung der Besucherzahlen im Drogenhilfezentrum an der Borsigstraße (**Anlage 7**), in dem ein Drogenkonsumraum, eine drogentherapeutische Ambulanz und eine suchtmedizinische Praxis angeboten werde. Die tägliche Besucherzahl habe sich von 191 Besuchern in 2015 auf 225 in 2017 erhöht. In dem seit mehr als 12 Jahren existierenden Drogenkonsumraum seien im März 2017 2953 Konsumvorgänge vollzogen worden, im März 2015 waren es noch 754 Konsumvorgänge. Aufgrund des rasanten Anstiegs sei der Drogenkonsumraum vor ca. zwei Jahren, nach Absprache mit der Stadt, erweitert worden. Diese Erweiterung reiche mittlerweile aber auch nicht mehr aus. Auf Nachfrage von Herrn Weber führt Herr Wiese aus, dass nach Einschätzung seiner Mitarbeitenden ca. 45% der Menschen an der „Tüte“ das Drogenhilfezentrum aufsuchen.

Frau Knoke teilt mit, dass sie für die Beratungsstelle für wohnungslose Frauen und Männer, die Straßenmedizin, die Straßensozialarbeit und die KAVA zuständig sei. Dabei stelle die KAVA ein spezielles Angebot für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten dar. Aus ihrer Sicht handle es sich bei dem Klientel an der „Tüte“ um suchtkranke Menschen, die ansonsten keine homogene Szene darstellten. Ein Großteil der Personen, die in der KAVA und den Beratungsstellen betreut würden, sei auf dem Kesselbrink zu finden; lediglich ein Drittel der Betreuten seien an der „Tüte“. Durch den Zuwachs von Menschen aus anderen Städten und auch anderen Kulturkreisen, schwerpunktmäßig aus nordafrikanischen Staaten, sei die Szene an der „Tüte“ härter geworden, sodass selbst langjähriges Klientel eine höhere Polizeipräsenz fordere. Neben den stationären Angeboten, die eine KOMM-Struktur darstellen, werde im Rahmen von Streetwork versucht, die Angebote der Beratungsstellen und der KAVA unter diesen Menschen bekannt zu machen. Es sei nicht nur die klassische Sozialarbeit wichtig, sondern auch die Ermittlung und Deckung von gesundheitlichen Hilfebedarfen. Aufgrund einer Großspende werde seit Herbst 2016 eine Streetworkerin befristet bis Juni 2017 beschäftigt, die zielgerichtet Personen mit einem hohen Maß an Hilfebedürftigkeit aufsuche und Angebote unterbreite. Die Arbeit der KAVA- Streetworker sei nicht ortsgebunden, sondern personenbezogen und werde in enger Zusammenarbeit mit der Stadtwache und der Bahnhofspolizei durchgeführt.

Auf Fragen von Frau Brandtner, Frau Adilovic und Herrn Weber führt Frau Knoke unter anderem aus, dass für eine Betreuung durch die KAVA- Mitarbeiter nicht die Suchterkrankung der Person entscheidend sei, sondern deren Hilflosigkeit; unabhängig von der Herkunft. Muttersprachliche Angebote würden nicht vorgehalten. Eine Weiterbeschäftigungsperspektive für die zusätzliche Streetworkerin gebe es derzeit nicht.

Herr Korbmacher macht als entscheidenden Unterschied zu den beiden vorherigen Angeboten deutlich, dass die Arbeit der Bahnhofsmision ehrenamtlich erfolge. Nach Einschätzung der ehrenamtlichen Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter kommen deutlich unter einem Drittel des „Tüten“-Klientels in die Bahnhofsmission, die keine aufsuchende Hilfe anbietet. Von den wenigen Menschen, die kommen, werde im hohen Maße die Lebensmittelversorgung angenommen. Beratung, Weitervermittlung und Versorgung mit Schlafsäcken und Isomatten spielten kaum eine Rolle. Durch den Kontakt mit den Besuchern der Bahnhofsmission und den eigenen Eindrücken der Mitarbeitenden herrsche an der Tüte eine angstbesetzte Stimmung. Das Angebot der Toilettennutzung für die Menschen an der Tüte sei nicht angenommen worden und wurde deshalb eingestellt. Herr Korbmacher teilt die Schilderungen von Frau Knoke über die Stimmungslage der Szene. Einzelne Menschen besuchten die Bahnhofsmission bewusst auf, um sich eine Auszeit von der Szene zu nehmen.

Zu Fragen von Herrn Pieplau, Herrn Holler und Herrn Gugat teilt Herr Korbmacher u. a. mit, dass die Deutsche Bahn kein Interesse daran habe, dass sich die Menschen von der Tüte in den Räumlichkeiten der Bahn aufhalten. Eine Raumerweiterung der Bahnhofsmission sei daher kaum umsetzbar.

Auf Nachfragen von Herrn Weber zu Ausführungen von Beigeordnetem Herrn Nürnberger in der Sitzung des HWBA, teilt Herr Nürnberger mit, dass der zuständige Verwaltungsbereich derzeit die städteplanerischen Möglichkeiten prüfe, inwieweit andere Unterstellmöglichkeiten für die Menschen an der Tüte geschaffen werden könnten.

Vorsitzender Herr Hood fasst zusammen, dass durch die Berichte der Akteure deutlich geworden sei, dass die Entscheidung der Menschen über die Angebotsannahme kaum beeinflussbar sei, auch wenn das Umfeld immer rauer werde.

Für Frau Gorsler machten die Ausführungen deutlich, dass nicht nur der ordnungspolitische Aspekt betrachtet werden dürfe. Das vielfältige Angebot werde von vielen genutzt und trotzdem hätten sie das Bedürfnis, sich im öffentlichen Raum zu treffen. Polizei und Ordnungsamt müssten deutlich sichtbarer sein, um den Raum angstfreier zu machen. Eine Verdrängung halte sie für nicht zielführend.

Beigeordnete Frau Ritschel weist darauf hin, dass die im Rahmen der Berichterstattung im HWBA gezeigte Präsentation im Netz verfügbar sei. Darüber hinaus informiert sie über eine Anregung aus der Bezirksvertretung Mitte, dass die Drogenberatung ihre Arbeit um eine systematisch aufsuchende Sozialarbeit ausweiten solle. Die damit erhoffte Ortsumorientierung der Drogensüchtigen halte sie nach den Ausführungen der Akteure allerdings für unwahrscheinlich.

Herr Gugat fordert dazu auf, sich im Rahmen der allgemeinen Diskussion auch mit den Themen „drug-checking“ und Legalisierung von Cannabis auseinanderzusetzen.

Auf Fragen von Frau Kloss zur Situation der Frauen führt Frau Knoke aus, dass es in der KAVA keine besonderen Räume für Frauen gebe. Die Frauen könnten sich in der Frauenberatungsstelle und den Tagesaufenthalten aufhalten. Herr Wiese macht deutlich, dass die Angebote der DROBS bei den Frauen unterdurchschnittlich angenommen würden. Im Gegensatz zu den Männern müssten sich ca. 50% der drogensüchtigen Frauen um Kinder kümmern und befänden sich in familienähnlichen Lebensstrukturen. Durch die Distanzierung zur Szene wollten die Frauen oftmals auch den Entzug der Kinder verhindern.

Unter dem Aspekt der Stärkung von Selbstbestimmtheit und dem Recht auf Krankheit macht Frau Brandtner deutlich, dass die Gesellschaft die Entscheidung der Menschen auf Leben in Obdachlosigkeit und auch die Ablehnung von Hilfe aushalten müsse. Unabhängig davon sei es wichtig, die vielen dargestellten Angebote vorzuhalten, um die Inanspruchnahme immer wieder zu ermöglichen.

Herr Weber weist nochmals darauf hin, dass die CDU-Fraktion im letzten Jahr mit einem Antrag versucht habe, der zunehmenden Angst entgegen zu steuern und offen über die Situation an der „Tüte“ zu diskutieren. Dieser Antrag sei vom SGA an den HWBA verwiesen worden. Nach Ansicht der CDU-Fraktion herrsche im Stadthallenumfeld ein dynamischer Zustand, auf den mit strategischen Konzepten reagiert werden müsse. Mit dem frühen 3-Säulen-Prinzip sollten die unterschiedlichen Aspekte gebündelt und die vorherrschende Situation erträglicher gemacht werden.

Beigeordnete Frau Ritschel weist eindringlich darauf hin, dass die Situation nicht erst seit 2016 erkannt worden sei. Bereits seit 2009 werde sich im Rahmen der Arbeitsgruppe „Stadthallenumfeld“ kontinuierlich mit der dortigen Situation auseinandergesetzt. Vorsitzender Herr Hood stellt klar, dass sich der CDU-Antrag auf die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes bezog und nichts mit sozialarbeiterischer Unterstützung zu tun gehabt habe.

Herr Buschmann erinnert daran, dass mit dem Beschluss zur Schaffung des Drogenkonsumraums die Hoffnung verbunden war, den Drogenkonsum zu verringern. Nach den vorgestellten Zahlen sei man davon weit entfernt. Herr Wiese macht deutlich, dass der Drogenkonsum nach wie vor stabil sei, die Angebote aber stärker in Anspruch genommen würden. Darüber hinaus hätten substituierte Süchtige seit 01.01.2016 die Möglichkeit, die Konsumräume zu nutzen.

Herr Korbmacher macht deutlich, dass nunmehr Politik am Zuge sei und entscheiden müsse, unter Abwägung der Vor- und Nachteile, ob die Szene verdrängt oder akzeptiert werden solle. Dafür sei im Vorfeld eine Betrachtung der Maßnahmenziele notwendig. Bei einer Verdrängung müsste man sich darüber im Klaren sein, dass die Menschen selbst entscheiden werden, wo sie sich dann aufhalten. Eine Verdrängung sei nur sehr bedingt steuerbar.

Vorsitzender Herr Hood macht zusammenfassend deutlich, dass an der „Tüte“ bzw. für die Betroffenen umfassende sozialarbeiterische, sozialpflegerische und sozialmedizinische Angebote unterbreitet werden. Über die Inanspruchnahme entschieden allerdings allein die Menschen vor Ort. Er äußert die Erwartung an die Verwaltung, dass an dem Thema weitergearbeitet und der SGA über die Entwicklungen informiert werde.

Er kündigt an, dass in der zweiten Jahreshälfte beabsichtigt sei, eine SGA-Sitzung im Drogenhilfzentrum an der Borsigstraße abzuhalten und die Situation der Drogenberatung intensiver zu diskutieren.

Alle Anwesenden äußern ihren Dank und ihre Anerkennung gegenüber den Beteiligten und Ehrenamtlichen für ihre geleistete Arbeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## Zu Punkt 8 Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

### Zu Punkt 8.1 Familiennachzug

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass der Familiennachzug mittlerweile eine genauso große Bedeutung wie auch die Zuweisung von Flüchtlingen habe. In 2016 seien ca. 600 Flüchtlinge zugewiesen worden und ca. 680 Personen seien im Rahmen des Familiennachzugs hinzugekommen. Etwa 60 % der Familienangehörigen seien minderjährig (**Anlage 8**). Seit Beginn des Jahres seien 188 Menschen nach Bielefeld gekommen, die 43 Haushalte bildeten. Im Durchschnitt umfasse ein Haushalt somit 4,4 Personen. Manche Familien müssten wegen der großen Anzahl an Familienmitgliedern wieder in Unterkünften untergebracht werden, weil die Wohnungen zu klein seien. Der Familiennachzug stelle sich als sehr dynamisch und als große Herausforderung dar. Die Entwicklung werde, auch mit Blick auf die Vielzahl an Kindern, genau beobachtet.

Beigeordneter Herr Nürnberger bietet an im Ausschuss zu berichten, wenn die Fachstelle für Flüchtlinge noch mehr Familien besucht und ein klareres Bild von deren Lebenssituationen habe.

---

### Zu Punkt 8.2 Radfahrschulung für geflüchtete Menschen (Beschluss der BV Brackwede vom 26.01.2017 über einen Antrag der SPD-Fraktion)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4250/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Brackwede zur Radfahrschulung für geflüchtete Menschen.

Nach Ausführungen von Frau Krutwage werden einige Radfahr-Projekte unterstützt, mit denen bei geflüchteten Menschen eine größere Mobilität erzielt werden solle. Auf Nachfrage bei den Projektträgern würden dort gezielte Hinweise zu Verkehrsregeln und dem Verhalten im Straßenverkehr vermittelt. Fahrradhelme würden teilweise sogar kostenlos angeboten. Mit der Aushändigung von Fahrrädern sei auch immer eine Unterweisung verbunden, die auf die Nutzung im Straßenverkehr hinweise. Die Verwaltung prüfe derzeit, inwieweit, unter Einbeziehung der Verkehrswacht, eine spezielle Radfahrschulung für geflüchtete Menschen angeboten werden könne.

Vorsitzender Herr Hood bewertet einen zu fassenden Beschluss als in der Sache förderlich.

Frau Gorsler begründet den Antrag ihrer Fraktion. Sie bewertet die dargestellten Unterweisungen als guten Anfang. Die Schulungen von Verhaltensregeln im Straßenverkehr seien auch zwingend für die Vermittlung von kulturellen Kompetenzen erforderlich.

Herr Copertino teilt mit, dass die Bezirksvertretung Brackwede den Antrag der SPD-Fraktion als überbezirkliche Angelegenheit bewertet habe und die Beschlussfassung daher an den SGA verwiesen worden sei.

Fragen von Herrn Buschmann werden von Beigeordneten Herrn Nürnberger beantwortet.

Vorsitzender Herr Hood fordert die Anwesenden zur Beschlussfassung auf.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten, Initiativen zu ergreifen, dass geflüchteten Menschen neben Sprach- und Kulturkompetenzen auch Kompetenzen für die Teilnahme am Straßenverkehr, insbesondere als Fahrradfahrer, vermittelt werden.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**

**Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2017,**  
**2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4409/2014-2020

Herr Gugat beantragt, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben.

- einstimmig beschlossen -

- vertagt -

---

**Zu Punkt 10**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Schulz teilt den Anwesenden mit, dass in der nächsten Sitzung Berichte über die Situation der Wohnungslosen, der ärztlichen Versorgung und der Seniorenbericht vorgelegt würden.

---

Vorsitzender Herr Hood informiert die Mitglieder darüber, dass er an der nächsten Sitzung nicht teilnehmen werde. Sollte der Rat bis dahin keine Nachfolge für die stellv. Vorsitzende Frau Brandtner benennen, würde wieder Herr Jung für die Sitzungsleitung vorgeschlagen werden.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Herr Hood  
(Vorsitzender)

---

Frau Krumme  
(Schriftführerin)